

Historischer Verein des Kantons Bern

Vorträge des Wintersemesters 2004/2005

Prof. Paul Messerli, Bern, Prof. Hans-Rudolf Egli, Meikirch
Berns Wirtschaft im Spiegel der ländlichen Schweiz. Zur Beharrlichkeit früher Entscheidungsmuster

Zeichnet man die Berner Staats- und Wirtschaftsgeschichte vom 15. Jahrhundert bis in die Gegenwart aus historisch-geografischer Sicht nach, dann gleicht dieser Weg in einer ersten Phase dem Aufstieg Berns zu einer bedeutenden Territorialmacht, dominiert von einer aristokratischen Führungselite mit starkem Bezug zum ländlichen Raum. In einer zweiten Phase stellen wir den Verlust politischer und wirtschaftlicher Bedeutung fest im Rahmen der Modernisierung der alten Eidgenossenschaft: Der einst grösste Stadtstaat nördlich der Alpen verliert nach dem Einmarsch Napoleons seine Einflussgebiete im schweizerischen Mittelland; er steht buchstäblich mit leeren Händen da, wenn es nach der Helvetik darum geht, einen modernen Staat aufzubauen. In einer dritten Phase gerät der Kanton Bern im Lauf des 20. Jahrhunderts immer mehr zwischen die Wachstumsfronten im Raum Zürich–Basel und am Genfersee. Mit einem neuen Leitbild – einer künftigen vierten Phase – wird versucht, die definierten Stärken des Kantons besser zu nutzen und eine eigenständige Entwicklung zu fördern.

Prof. Heinrich Richard Schmidt, Worb
Teutsche Schulen. Ein Ausschnitt aus der Geschichte der Gemeinde Worb

Die «Volksschule» war in der deutschen Historiografie lange kein legitimer Forschungsgegenstand. In der Schweiz gab es zwar 1880–1920 eine Blütezeit der Schulgeschichtsschreibung, seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Forschungstätigkeit aber auch hier stark zurückgegangen, besonders weil sich die Pädagogik vermehrt der Psychologie statt der Schulgeschichte zuwandte. Die Detailstudie zum niederen Schulwesen in der Gemeinde Worb mit fünf Schulen versucht, die Schulwirklichkeit aus Rechnungen, Schulberichten und Korrespondenzen zu rekonstruieren. Die Analyse geht bis ins 17. Jahrhundert zurück und erweitert damit den Blick, da sich die wenigen Studien zum niederen Schulwesen auf das Ende des 18. Jahrhunderts und die Aufklärung konzentrieren. Sichtbar wird eine Schule, die anders als es die Kritiker der Aufklärung und des Liberalismus wahrhaben wollten, zwar dem Hauptzweck der Konfessionalisierung diene, aber

durchaus leistungsfähig war. Sie besiegte das Analphabetentum, waren doch in Worb rund 70 Prozent aller 1806 beurteilten Schüler, inklusive der «Kleinen», des Lesens kundig, woraus man auf eine Literalisierungsquote bei Schulentlassung von heutigen Ausmassen schliessen kann. Die Untersuchung zur Schule ist Teil einer umfassenden Geschichte von Herrschaft und Gemeinde Worb, die Ende 2004 unter dem Titel «Worber Geschichte» erschien.

Lic. phil. Reto Müller, Bern

Das wild gewordene Element. Hochwasserkatastrophen als Auslöser der Juragewässerkorrekturen

Die Erkenntnis, dass Hochwasserkatastrophen zur Korrektur der Juragewässer geführt haben, ist im Grunde nichts Neues. Wieso es aber trotz der sich häufenden Überschwemmungen im Seeland bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts dauerte und das Elend erst nach langen politischen Seilziehen bei der Wurzel angepackt wurde, ist eine nähere Betrachtung wert. Lösungsvorschläge von Sachverständigen lagen schon lange auf dem Tisch: Wasserbauingenieure entwickelten bereits ab dem beginnenden 18. Jahrhundert ausgereifte Projekte zur Bändigung der Wasserläufe im Gebiet der Juragewässer. Deren Umsetzung scheiterte jedoch immer wieder aus politischen und finanziellen Gründen.

Erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden die politischen Rahmenbedingungen, welche der Juragewässerkorrektur endlich zum Durchbruch verhelfen: Die Entstehung des modernen Bundesstaates schuf die Chance, diese Grossinvestition nicht durch die zerstrittenen fünf Kantone, sondern auf Bundesebene zu regeln. Zusätzlich erzeugte die Hochwasserreihe der 1850er-Jahre den nötigen Druck, um das Thema erneut auf die politische Agenda zu hieven.

Als auslösendes Moment für die Übertragung der Kompetenz auf die Ebene des Bundes muss auch das unermüdliche Engagement des Seeländer Arztes und Politikers Johann Rudolf Schneider (1804–1880) erwähnt werden. Schneider setzte sich schon als Arzt in Nidau in den 1830er-Jahren und später als Regierungsrat für das Korrektionsprojekt ein. Ganz nach seiner liberalen Gesinnung versuchte er zuerst mit Hilfe einer privaten Aktiengesellschaft, die Juragewässerkorrektur umzusetzen. Später kam er zur Erkenntnis, dass ein Projekt in dieser Grössenordnung nur mit Hilfe einer übergeordneten staatlichen Instanz erfolgreich umgesetzt werden könne.

Dass die Situation im Seeland in den 1850er-Jahren als Folge der Überschwemmungen und der Kartoffelpest sehr prekär war, zeigt allein der Umstand, dass die konservative Regierung in Bern über ihren eigenen Schatten

sprang und die liberale Bundesregierung um Hilfe anging. Ein Schritt, der angesichts des politischen Zerwürfnisses zwischen der Kantonsregierung und dem neuen Bundesstaat einem Kniefall gleichkam. Was Johann Rudolf Schneider als Mitglied der liberalen Vorgängerregierung nicht zu Stande brachte, setzten nun die Konservativen in Gang. Schneider nahm als Nationalrat den Ball auf und setzte seine Lobbyarbeit für die Juragewässerkorrektur auf nationaler Ebene fort.

Mit der Juragewässerkorrektur hat der Bundesstaat erstmals seine Kompetenzen über die ihm ursprünglich zgedachten Aufgaben – Landesverteidigung, Post-, Münz- und Zollunion – erweitern und ausbauen können. Als Legitimation hierzu diente der so genannte Wohlfahrtsartikel 21 der Bundesverfassung von 1848, welcher auf Drängen der Seeländer Liberalen Ulrich Ochsenbein und Schneider den Weg in die Verfassung fand.

Der Bundesrat erkannte in dieser Grossinvestition eine einmalige Gelegenheit, die Kritiker des Bundesstaates von der Nützlichkeit einer nationalen Instanz zu überzeugen. Der ausgehandelte föderalistische Finanzierungsschlüssel, wonach sowohl Bund, Kanton und die betroffenen Gemeinden sowie Landbesitzer sich am Projekt beteiligen sollten, kann als Geburtsstunde des eidgenössischen Subventionswesens betrachtet werden. Mit der Juragewässerkorrektur wurde also nicht bloss die Geissel der wiederkehrenden Hochwasser beseitigt: mit ihr entstand im jungen Bundesstaat ein neues Verfahren, das für das Zusammenwachsen der heutigen Schweiz eine bedeutende Rolle spielte.

Die vorgestellten Forschungsergebnisse sind im Verlag Traugott Bautz erschienen: Müller, Reto: «Das wild gewordene Element» – gesellschaftliche Reaktionen auf die beiden Hochwasser im Schweizer Mittelland von 1852 und 1876. Nordhausen, 2004 (Berner Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 2). ISBN 3-88309-231-2.

Lic. phil. Felix Buchli, Lausanne und Bern
Schweizer, steh zu deinen Bahnen! Die Sanierung der Schweizerischen Bundesbahnen (1920–1945)

Seit längerer Zeit zwingen leere Kassen und jährlich wiederkehrende Milliardendefizite den Bund dazu, nach immer neuen Sparmöglichkeiten Ausschau zu halten. Dass dabei inzwischen auch im Bereich des öffentlichen Verkehrs schmerzhaft Budgetkürzungen drohen, kommt in der bahnbegeisterten Schweiz einem eigentlichen Tabubruch gleich. Ein Blick in die Schweizer Verkehrsgeschichte macht jedoch deutlich, dass solche Diskussionen nicht neu sind. Bereits in der Zwischenkriegszeit stellte die massive Überschuldung der SBB die finanzpolitische Stabilität der Eidgenossenschaft

ernsthaft in Frage. Konjunkturelle Einbrüche, Probleme mit der Pensionskasse sowie der rasante Strukturwandel im Verkehrsbereich hatten die Bundesbahnen zu einem Sanierungsfall werden lassen.

An Vorschlägen, wie dieser Missstand behoben werden könnte, fehlte es nicht. Forderte die Linke vom Bund ein klares Bekenntnis zum «Service public», so erklang von rechts der Ruf nach einer liberalen Bahnreform. Da beide Konzepte nicht mehrheitsfähig waren, einigte man sich 1945 schliesslich auf einen gut schweizerischen Kompromiss, der den Bund zur finanziellen Hilfeleistung verpflichtete und die anstehenden Reformen grösstenteils auf später verschob. Damit war die Richtung vorgegeben, in die sich die hiesige Bahnlandschaft bis in jüngste Zeit fortentwickeln sollte. Der bahnpolitische Kompromiss von 1945 war ähnlich wie heute weniger von verkehrspolitischen, dafür aber umso mehr von sozial- und ordnungspolitischen Überlegungen bestimmt.

Dr. Daniel Gutscher, Bern

Verschwundene hochalpine Siedlungsplätze. Archäologische Spuren mittelalterlicher Hirten im Oberhasli

Die Wiederentdeckung von über 100 verlassenen und zum Teil vergessenen Plätzen im Gadmen- und Gental ist Ergebnis eines Projektes, das der Archäologische Dienst des Kantons Bern 2003 und 2004 durchgeführt hat. Die Begehungen der Alpweidegebiete dienen der Ergänzung des Archäologischen Inventars, zu dessen Vervollständigung der Kanton durch das neue Denkmalpflegegesetz vom 8.9.1999 verpflichtet ist. Das Inventar selber verhindert keinerlei planerische Vorhaben. Es hilft einzig, rechtzeitig Dinge noch für die Nachwelt festzuhalten, bevor sie verschwinden. Der Archäologische Dienst arbeitet strikte nach dem Prinzip der Not- und Rettungsgrabungen. Solange eine archäologische Stätte nicht durch Bautätigkeit, Erosion oder ähnliches bedroht ist, wird sie unberührt belassen. Unseren Arbeiten im Feld sind Studien von Luftbildern und alten Karten vorausgegangen. Hinweise von Einheimischen lieferten dazu unverzichtbare Informationen.

Bis ins Jahr 2002 waren im Kantonsgebiet mehr als 3000 Fundstellen bekannt, davon lediglich acht im Haslital. Im Bereich über 1500 Meter über Meer waren es kantonsweit nur 30 Fundstellen. Nun sind 123 neue dazu gekommen; dies ist für Bern überraschend, jedoch zeigen vergleichbare Arbeiten in der Innerschweiz, im Wallis und in Graubünden ähnliche Resultate.

Wir wissen, dass die Bereiche über der Waldgrenze seit prähistorischer Zeit begangen und genutzt wurden. Das hat nicht erst der Fund von Ötzi bekannt gemacht. Das Interesse an den unbewaldeten Zonen dürfte zu-

nächst mit der Gewinnung von Rohstoffen zusammenhängen. Am besten bekannt sind in der Region die bis 2000 Meter Höhe gelegenen Erzabbau- stellen im hinteren Lauterbrunnental und auf der Erzegg hoch über dem Gental. Seit prähistorischer Zeit werden aber auch Mineralien gesucht, sei es zum Herstellen von Schmuckstücken oder von kunstvoll gearbeiteten Pfeilspitzen. Die landwirtschaftliche Weidewirtschaft oberhalb der Wald- grenze muss spätestens dann eingesetzt haben, als die auch für Acker-, Obst-, Wein- und Gartenbau genutzten Flächen im Talboden nicht mehr ausreichten. Aufgrund der Schriftquellen ist dies seit karolingischer Zeit (9. Jahrhundert) der Fall. Neueste Forschungen im Wallis haben allerdings ergeben, dass zum Teil bereits in der Eisenzeit alle Höhenzonen genutzt wurden. Im Hochmittelalter ist zunächst vor allem das so genannte Pferch- system für Schafe und Ziegen bekannt, das heisst mit Trockenmauern ge- sicherte Gehege. Ab dem 13. Jahrhundert überwiegt die Milchwirtschaft, und die Käseherstellung für den Export in die bevölkerungsreichen Gebiete in Norditalien und Süddeutschland gewinnt zunehmend an Bedeutung. Die bislang ältesten bekannten Melkhäuschen sind jene der Axalp aus den Jah- ren 1501 und 1519.

Prof. Klaus Aerni, Bremgarten, Prof. Heinz Herzig, Rüdtligen
Historische Wege über die Alpen und den Jura. Forschungsergebnisse des Inventars historischer Verkehrswege der Schweiz

Römerwege über den Jura (H. Herzig)

Die bibliografische Inventarisierung der Römerstrassen im Rahmen des In- ventars historischer Verkehrswege der Schweiz zeigt zunächst, dass die rö- mischen Juraübergänge seit dem 19. Jahrhundert kontinuierlich erforscht und publiziert worden sind. Dabei nahmen sie numerisch ständig zu; eine zusammenfassende Übersicht im Jahr 1993 ergab die stattliche Zahl von 40 «Römerstrassen», welche den Jura durch- oder überquert haben sollen. Die- ser Tatsache steht ein eher magerer Befund schriftlicher Quellen aus antiker und spätantiker Zeit gegenüber: Caesar etwa hat den Jura als Grenze ver- standen, Strabo kennt einen Übergang ganz im Westen zwischen Lausanne und Pontarlier. Spätere Itinerare lassen den Schluss zu, dass sowohl der Obere Hauenstein als auch der Bözberg in römischer Zeit begangen worden sind. Eine Inschrift an der Pierre Pertuis nennt zudem eine Strassenanlage im 2. Jahrhundert, die seit Kurzem auch archäologisch als juraquerend belegt und ins 1. Jahrhundert datiert ist. Ausschlaggebend für die zuneh- mende Zahl römischer Jurastrassen war die in der Literatur allgemein ver- tretene Ansicht, römische Strassen seien Geleisestrassen. Zweifel an diesem Dogma wurden zwar gelegentlich geäussert, aber nie belegt, bis eine Un-

tersuchung des IVS ergab, dass die «römische» Geleisestrasse bei Vuitebœuf–Ste-Croix sicher neuzeitlich ist. Vertiefere Forschungen eines durch das IVS und den Nationalfonds finanzierten Teams erbrachten klare Belege für eine Anlage vom 13. bis 18. Jahrhundert.

Da seither Geleisestrassen nicht mehr ohne weiteres als römisch gelten können, gilt es, sich wieder der eigentlichen Quellenarbeit zu erinnern und zu fragen, welche Bedeutung die Alpen- und Juraübergänge in der Schweiz zur Zeit der Römer hatten. Dabei ist vor allem der Siedlungsbefund und die Frage nach den Kommunikationslinien zu beurteilen. Die Antwort ergibt ein Strassennetz, das in Bezug auf den Jura wesentlich bescheidener ausfällt: Es bleibt bei den durch die Quellen erwähnten drei Über- und Durchgängen, die für den damaligen Verkehr durchaus genügten.

Vom Inventar historischer Verkehrswege der Schweiz zum Projekt Kulturwege Schweiz (K. Aerni)

In den 1950er-Jahren löste die einsetzende Hochkonjunktur einen bis heute andauernden Wandel in der Umwelt aus. Diesem Umbruch sind viele historische Verkehrswege und Kleinobjekte entlang der Wege, wie Stundensteine, Wegkreuze, Kapellen usw. zum Opfer gefallen. Damals fehlten die gesetzgeberischen Grundlagen zum Schutz dieser historischen Objekte. 1979 schlug das damalige Bundesamt für Forstwesen dem Geographischen Institut der Universität Bern vor, die Aufnahme eines Inventars historischer Verkehrswege der Schweiz (IVS) vorzubereiten. Das Ziel war, bei Planungsfragen die historischen Verkehrswege als Kulturgüter den aktuellen Bauprojekten im Rahmen einer Interessenabwägung gegenüberzustellen. In einer Vorphase wurde bis 1983 die Methodik vorbereitet, danach konnte bis 2003 das Inventar in allen Kantonen aufgenommen werden.

Das Vorgehen besteht aus zwei zeitlich parallel verlaufenden Arbeitsschritten. Einerseits werden die historischen Wege aus der Zeit um 1870 festgelegt und in eine aktuelle Karte übertragen. In der Feldarbeit sind die Wege zu begehen und ihre baulichen Merkmale zu kartieren. Die Reinzeichnung ergibt eine Karte der sichtbaren Wegsubstanz, die so genannte Geländekarte im Massstab 1:25 000. Andererseits wird mit Hilfe der historischen Literatur sowie von Karten und Bildquellen die historische Kommunikationsbedeutung jeder Wegstrecke bestimmt und den Stufen national, regional oder lokal zugeordnet. Die Reinzeichnung ergibt die so genannte Inventarkarte. Anschliessend entsteht der mit Plänen und Fotos ausgestattete Kommentar, der die Resultate der Feld- und Archivarbeit darstellt. Das Inventar ist digital und in Papierform vorhanden und umfasst insgesamt 56 Bundesordner.

An vielen Alpenpässen sind mehrere Wegvarianten und Wegabschnitte aus früheren Jahrhunderten vorhanden. Ein interessantes Beispiel für die

kontinuierliche Verbesserung eines Überganges ist die Gemmi. Hier diente seit frühgeschichtlicher Zeit bis in die frühe Neuzeit die «Alte Gemmi» (2730 m) als Zugang vom Leukerbad zu den Alpweiden auf der Spittelmatte im Passhochtal. Daneben entwickelte sich seit einem unbekanntem Zeitpunkt ein schwierig zu begehender Kletterweg durch die Daubenwand (2322 m), der «Gemmipass». Dieser Weg wurde im Mittelalter von Höhlenburgen aus bewacht. Das Schlagdatum eines darin gefundenen Balkens weist in die Zeit von 1329 bis 1334. Eine vom Walliser Landrat bewilligte Reparatur von 1549 konnte durch das Auffinden der eingemeisselten Jahrszahl an einer Felswand lokalisiert werden. Der heute benutzte Weg entstand 1739–1741. Die Arbeiten leitete der Tiroler Bergmeister Anton Lung. Die Bauarbeiter stammten aus dem Wallis, Bern lieferte Geld und das Sprengpulver. Der erwartete Aufschwung des Handelsverkehrs Richtung Simplon stellte sich nicht ein; jedoch war ein guter Weg ins Leukerbad und die Grundlage für den späteren Tourismus entstanden.

Die Geschichte der Weganlagen in den Vispertälern zeigt, wie sich durch die Einwirkung der «Kleinen Eiszeit» vom 14. bis ins 19. Jahrhundert und die allmählich verbesserte Weg- und Brückentechnik ein ganzes Verkehrssystem verlagert hat. Bis nach 1300 führten die Transitwege von Visp aus nach Süden über Visperterminen–Gspion–Mattwaldalp nach Saas/Monte Moro und über Törbel–Embd–St. Niklaus nach Zermatt/Theodul. Durch die einsetzende Klimaverschlechterung wurden hochgelegene Pässe immer schlechter passierbar. In der Folge begann sich der Verkehr in die Täler zu verlagern. Das neue Wegnetz entstand im Zusammenhang mit den Fortschritten im Brückenbau; die Holzbrücken wurden nach und nach durch steinerne Bogenbrücken ersetzt. 1306 bestand in Stalden eine Brücke über die Saaser-Vispa. Im Vertrag zum Bau der Chibrücke von 1307 sind zwei Brückenvögte als Vertreter von Stalden und der Saaser genannt. 1527 wurde die Holzbrücke durch eine Steinbrücke ersetzt, die jedoch wenige Jahre später einstürzte. 1544/45 baute Ulrich Ruffiner die berühmt gewordene steinerne Chibrücke, die bis um 1930 dem gesamten Verkehr Richtung Saastal diente. Die Saumwege in den Vispertälern wurden zwischen 1840 und 1868 zur Zeit des aufkommenden Tourismus erneuert. Danach brach das Transportmonopol der 1888–1891 erbauten Schmalspurbahn Visp–Zermatt den Ausbau der Talwege. Erst 1922–1927 entstand die Fahrstrasse Visp–Stalden, 1948 wurde Saas-Almagell und schliesslich 1972 Täsch im Mattertal erreicht, wo die Kantonsstrasse noch heute endet.

Wie geht es nach dem Abschluss des IVS mit dem Inventar weiter? Zunächst führt das Bundesamt für Strassen (ASTRA) die Vernehmlassung bei den Kantonen durch, anschliessend wird die Inkraftsetzung durch den Bundesrat erfolgen. In der Praxis jedoch wirkt sich das IVS bereits seit Jahren aus; es wird bei Planungen auf den Stufen Gemeinde, Kanton und Bund

berücksichtigt. Die Mitarbeitenden am IVS haben sich nach dem Abschluss der Arbeiten am Inventar neu als «ViaStoria – Zentrum für Verkehrsgeschichte» am Historischen Institut der Universität Bern organisiert (www.viastoria.ch). ViaStoria hat aus der Fülle des Materials unter dem Label «Kulturwege Schweiz» ein Netz von zwölf historischen Routen geschaffen. Dieses Netz verbindet Zeugen des historischen Verkehrs in allen Regionen der Schweiz miteinander und wird die volkswirtschaftliche Inwertsetzung des IVS im Rahmen des nachhaltigen Tourismus ermöglichen.

Dr. Barbara Studer, Bern

Verwaltete Macht: Der Aufbau der bernischen Landesverwaltung 1300 bis 1550

Das Untertanengebiet der Stadt Bern umfasste in der Mitte des 16. Jahrhunderts nicht nur den gesamten deutschsprachigen Kanton Bern, sondern auch den heutigen Kanton Waadt sowie den westlichen Drittel des Kantons Aargau und wies somit einen Gesamtumfang von rund 9000 km² auf. Die Voraussetzungen für diese Entwicklung waren sehr unterschiedlich. Das herrschaftliche Umfeld bot ein Machtvakuum, damit die Stadt überhaupt über einen Handlungsspielraum verfügte. Mindestens ebenso wichtig waren aber auch die regierenden Ratsherren, die innovativ handelten und die Zeichen der Zeit erkannten. Wären sie nicht bereit gewesen, teilweise massive Risiken auf sich zu nehmen, und hätten sie nicht öfters auch gegen die gängigen Prinzipien gehandelt, so wäre das Projekt wohl zum Scheitern verurteilt gewesen. Das bernische Territorium wäre 1550 vermutlich nicht so umfangreich gewesen, wenn sich in Bern wie anderswo die Zünfte durchgesetzt hätten. Die Angehörigen der Adels- oder Notabelngeschlechter, die in Bern regierten, verfügten über die notwendige finanzielle Unabhängigkeit und hatten dank ihren Herrschaften, die sie ausserhalb der Stadtmauern besaßen, einen direkten Bezug zu den Bewohnern der Landschaft. Sie banden ihre Untertanen durch vertragsähnliche Bündnisse an sich; dies trug ebenfalls wesentlich zum durchschlagenden Erfolg Berns im Landerwerbsprozess bei. Nur dieses Zusammentreffen einer äusserst günstigen Lage am Rand des Alten Reiches mit einer innovativen und risikobereiten Führungsschicht aus Adels- und Notabelngeschlechtern, denen es gelang, die emanzipatorischen Strömungen auf der Landschaft geschickt auszunutzen, haben das bernische Territorium bis Mitte des 16. Jahrhunderts zum grössten Stadtstaat nördlich der Alpen gemacht.

Bei der Verwaltung dieses Untertanengebiets ging Bern in der Regel ausgesprochen pragmatisch vor. Die Obrigkeit liess ihren Untertanen nach dem Erwerb einer neuen Herrschaft fast durchwegs ihre alten Rechte und

Freiheiten und behielt auch die bisherige Verwaltungsstruktur bei. Zumindest im 14. und in den ersten beiden Dritteln des 15. Jahrhunderts beruhte das fast partnerschaftliche Verhältnis der bernischen Obrigkeit mit ihren Untertanen auf bündnisähnlichen Verträgen. Dies dürfte denn auch der wichtigste Grund gewesen sein, weshalb es der höchstens 5000 Einwohnerinnen und Einwohner zählenden Stadt Bern gelang, ihr Territorium mit ungefähr 100 000 Untertanen relativ problemlos zu organisieren und unter Kontrolle zu halten. Allerdings präsentierte sich das bernische Staatsgebiet, verglichen mit jenem anderer Städte, zu Beginn der frühen Neuzeit noch als völlig uneinheitlicher Flickenteppich, in dem die Untertanen je nach Wohnort recht unterschiedlichen Partikularrechten unterstanden. Angesichts der schwachen herrschaftlichen Durchdringung und einer Landesverwaltung, die bis in die Reformationszeit hinein fast ausschliesslich mündlich funktionierte, verfügten die bernischen Untertanengebiete noch im 16. Jahrhundert über einen vergleichsweise hohen Grad an Selbstverwaltung. Obwohl die Landbewohner in den folgenden Jahrhunderten nach und nach zu Untertanen wurden und die gnädigen Herren in der Stadt sich immer mehr von der übrigen Bevölkerung abhoben, hielt sich der Mythos der freien Alpenrepublik, den sogar Goethe, Herder oder Jean Paul verwendeten.

Lic. phil. Walter Gfeller, Herzogenbuchsee

Auf den Spuren des Bauunternehmers Antoni Stab (1569–1611). Illustre Bauwerke in Zofingen und im Oberaargau

Prominente Bauten in Zofingen und der weiteren Umgebung sind Schöpfungen des Baumeisters Antoni Stab. Von der Landstadt Zofingen aus wirkte dieser auch im Oberaargau. Zwei Objekte im Oberaargau sind als Ganzes erhalten: die Kirche Aarwangen und das Pfarrhaus Niederbipp. Die Suche im Staatsarchiv Bern wurde mit Funden belohnt: Umfangreiche Reparaturen am Schloss Bipp und am Kornhaus und der Stadtbefestigung Wiedlisbach zählen ebenso zu Stabs Werk wie der rätselhafte Taufstein von Bleienbach. Wer war dieser Mann, der ein tüchtiger Handwerker und Unternehmer gewesen sein muss?

Zu Stabs Bauwerken in Zofingen gehörten die Lateinschule, die Helferei, das Zunfthaus zu Metzgern und das Siechenhaus. Bauten aus Stabs Werkstatt wurden bis nach Kirchleerau, Reinach AG und Suhr fassbar. Äusserlich unterscheiden sich Stabs Bauten wenig von spätgotischen Vorgängern um 1520: die Kirche Aarwangen ist nichts anderes als eine spätgotische bernische Landkirche, vergleichbar etwa mit Seeberg oder Ursenbach. Nicht ohne Grund heisst es von Stab, er sei ein «Gotiker» geblieben. Das trifft in Einzelheiten nicht mehr zu, wie unter anderem die verschiedenartigen Taufsteine von Aarwangen, Brittnau und Melchnau zeigen.

In seinen Bauten erscheint Stab als gewandter Unternehmer und Handwerker, der zudem ein begabter Steinmetz war. Für die lokale Architekturgeschichte mögen die Recherchen über den Zofinger Baumeister eine Lücke füllen. Als Meister in seinem Fach verdient er darüber hinaus in den Kantonen Aargau und Bern gebührende Beachtung.

Lic. phil. Yvonne Leimgruber, Halle und Bern

Die Pädagogin Rosette Niederer-Kasthofer (1779–1857). Mission einer Pestalozzianerin für das weibliche Geschlecht und das Vaterland

Rosette Niederer-Kasthofer war als bedeutendste pädagogische Mitarbeiterin Pestalozzis im Bereich der Pädagogik eine Pionierin: Als erste Schweizerin publizierte sie zu weiblicher Erziehung und Bildung, und als Institutsbesitzerin bot sie Mädchen eine hoch stehende allgemeine Bildung, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ungewohnt war. Zudem ermöglichte sie jungen Frauen eine für die Zeit neuartige, institutionell verankerte Berufsbildung zur Lehrerin und Erzieherin.

In diesem Beitrag sollen zwei auf diese Leistungen bezogene Thesen erörtert werden. Erstens war Niederer-Kasthofer als Pädagogin und Publizistin an der Ausformung der männerzentrierten bürgerlichen Gesellschaft beteiligt, die sich auf politischer Ebene als bürgerlich-liberaler Bundesstaat konstituierte. Zweitens widersprach die Pädagogin mit ihrem eigenen Lebensentwurf jedoch der von ihr selber propagierten bürgerlichen Geschlechterordnung, die sie zudem in ihrem publizistischen Werk subtil unterlief und deren Grenzen sie mit der Ausbildung von bildungsorientierten Berufsfrauen ausweitete.

Im Rahmen der ersten These sind die soziale Verortung, die familiäre Konstellation und die Netzwerke der Pädagogin zu betrachten, um Erkenntnisse zu ihrer Situierung in der bürgerlichen Gesellschaft zu erlangen. Niederer-Kasthofer entstammte einer (bildungs-)bürgerlichen Berner Familie, der sich mit der Auflösung der ständischen Ordnung neue Wirkungsmöglichkeiten in Gesellschaft und Politik eröffnete. Aus ihren Werken lässt sich Niederer-Kasthofers Geschlechterbild und die daraus resultierenden Aufgaben von Männern und Frauen in Familie und Gesellschaft sowie ihr Verständnis der staatlichen Verantwortung gegenüber weiblicher Bildung rekonstruieren.

Elemente im publizistischen Werk und in der Lebenspraxis der Pädagogin sowie Lebenswege ehemaliger Schülerinnen ihres Instituts zeigen, dass sie die theoretisch vertretenen Ideale dualistischer und komplementärer Aufgaben von Frau und Mann unterlaufen hat. Dabei waren den Männern die Öffentlichkeit, ausserhäusliche Erwerbsarbeit und Politik zugewiesen

und den Frauen die häusliche Sphäre mit den Aufgaben der Gattin, Mutter und Hausfrau.

Dr. Hanspeter Jecker, MuttENZ

Die Entstehung der Amischen (ab 1693). Im Spannungsfeld von täuferischer Tradition, pietistischem Aufbruch und obrigkeitlicher Repression

In den letzten Jahrzehnten ist im Umfeld der Diskussionen um die «Grenzen des Wachstums», um einen an «Haben oder Sein» orientierten Lebensstil, immer wieder die Frage nach alternativen Lebensformen gestellt worden. In grosser Regelmässigkeit ist dabei die in Europa entstandene, heute aber fast nur noch in Nordamerika beheimatete täuferische Gemeinschaft der Amischen ins Blickfeld gerückt. Diese Gruppe religiöser Nonkonformisten verpflichtete sich der Gewaltlosigkeit, führte ein einfaches, weltabgewandtes Leben und verzichtete bis in die Gegenwart bewusst auf die meisten technischen Errungenschaften der Moderne. Ungeachtet ihrer strengen Gemeindedisziplin üben die Amischen auf viele heutige Menschen eine anhaltende Faszination aus. In seltsamem Kontrast zur regelmässigen Medienpräsenz der heutigen Amischen Nordamerikas auch in der Schweiz steht die Unschärfe der dabei gemachten Aussagen zu deren geschichtlichen Ursprüngen, die bekanntlich massgeblich im Bernbiet liegen.

Im Umfeld wachsender sozialer und religiöser Unrast war Bern im letzten Drittel des 17. Jahrhunderts mit einem bedrohlich anwachsenden Täuferium und mit der rasch und parallel an Einfluss gewinnenden Bewegung des Pietismus konfrontiert. Trotz internationalen Protesten wehrte sich die Obrigkeit mit drakonischen Massnahmen gegen diese Bewegungen.

Das bernische Täuferium befand sich im Clinch zwischen wachsender Sympathie seitens frommer reformierter Zeitgenossen einerseits und intensiver werdender obrigkeitlicher Repression andererseits und stand vor einer enormen Zerreisprobe: Während die einen sich gegenüber der innerreformierten Reformbewegung öffnen wollten und bereit waren, die traditionelle täuferische Weltabgewandtheit zugunsten grösserer Kooperation und Milde abzubauen, sahen die andern darin eine unzulässige Aufweichung einer radikalen Christusnachfolge und eine fatale, auf Leidensscheu beruhende Anpassung an den Zeitgeist. Diese radikale Gruppe, die sich nach ihren Oberländer Leitfiguren Jakob und Ulrich Amman bald als Amische bezeichnete, trennte sich 1693 von den übrigen Berner Taufgesinnten, die sich zusehends im Emmental zusammenscharten.

Wie und warum es schliesslich zum Auseinanderbrechen der täuferischen Bewegung und zur Entstehung der Amischen gekommen ist, zeigen die im Rahmen einer Nationalfondsstudie gewonnenen neuen Einsichten

über Täuferum und frühen Pietismus in Bern um 1700. Allgemeine Fragen zur Quellenlage und zu möglichen Beiträgen der Täufergeschichte für die Regional-, Lokal- und Familiengeschichte ergänzen das Thema. Pikantes Detail zur Quellenlage in bernischen Archiven ist die Feststellung, dass im Verlauf der Jahrhunderte leider manche Dokumente zur Geschichte des Täuferums verschwunden sind – möglicherweise aufgrund ihres kompromittierenden Charakters für manche «Gnädigen Herren», deren anwachsender Reichtum in bisweilen auffallender Parallelität zu zeitgleichen Konfiskationen täuferischer Güter stand.